

Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 17.

Sonnabend, den 23. April 1904.

8. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

- Erfurt.** Die Kollegen stehen in einer Lohnbewegung.
- Frankfurt a. Main.** Hier ist eine Lohnbewegung eingeleitet.
- Freiburg i. Baden.** Die Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung.
- Landau.** Die Kollegen befinden sich in Tarifverhandlungen.
- Mainz.** Die Sandsteinmehrer befinden sich in einer Lohnbewegung.
- Odenburg.** Der Meister Neumann hat nicht bewilligt, über seinen Platz ist die Sperre verhängt.
- Osterholz.** Die Tarifverhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gebracht. Es kam zur Arbeitsniederlegung.
- Ueberlingen.** Der Platz Schmal ist gesperrt, vor Zugang wird daher dringend gewarnt.
- Wahrenth.** Die Kollegen treten in eine Lohnbewegung.
- Worms.** Die Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung.
- Wetzlar.** Hier sind die Meister mit uns in Tarifverhandlungen getreten.

Die Bundesrats-Verordnung nach dem bayerischen Gewerbeinspektionsbericht.

I.

Die bayerischen Gewerbeinspektionsberichte hatten von jeher den Ruf, der übersichtlichen Gruppierung und der möglichst zu wählenden Objektivität halber zu den besten der in Deutschland erscheinenden gezählt zu werden. Die Berichte von Preußen und Sachsen werden vor ihrer Drucklegung erst nochmals peinlichst geleset, und alles, was gegen die Unternehmer anstößig sein könnte, ausgemerzt. Mit desto mehr Bereitwilligkeit werden die kleinen Vergehen der Arbeiter gegen die Gewerbeordnung eingehendst registriert und behandelt.

Der bayerische Bericht hebt einleitend hervor, daß insbesondere von Seiten der Arbeiterorganisationen die Aufsichtsbekanntmachung bezüglich der Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen und der weiter vorgenommenen Sondererhebung über die wirtschaftliche Lage der gewerblichen Arbeiter Bayerns bereitwillige und sachdienliche Unterstützung fanden. Dieses von solcher Seite gespendete Lob sozialdemokratisch verführerischer Organisationen zeigt, wie die Gewerkschaften zur Durchführung eines richtigen Arbeiterschutzes unentbehrlich sind; andererseits verfehlt eine solche Darstellung den Aussagen der Unternehmer einen Schlag ins Gesicht, wenn wiederkehrend diese Leute die Behauptung aufstellen, die organisierten Arbeiter übertreiben in ihrer Darstellung.

Einen breiteren Raum als sonst nimmt im Bericht dieses Mal die Behandlung über die Bundesratsverordnung ein. Aber immerhin reichen die vorgenommenen Revisionen nicht im entferntesten aus, um die Unternehmer zu zwingen, von dem Vorhandensein dieser Bestimmung Notiz zu nehmen. Wenn nicht genügend Revisionen vorgenommen werden konnten, so liegt dies daran, daß bei den Gewerbeinspektionen zu wenig Beamte angesetzt sind. Aber gerade die Arbeiter haben das größte Interesse daran, entschieden dafür einzutreten, daß die Institutionen, die zur Durchführung des Arbeiterschutzes geschaffen sind, auch so ausgebaut werden, daß dieselben auch den gestellten Anforderungen genügen.

Es ist beinahe unglücklich, wie schlecht die einzelnen Bestimmungen der Bundesratsverordnung in Bayern eingehalten werden. In Oberbayern wurden 56 Betriebe revidiert bezüglich der Durchführung der Bundesratsverordnung. In sieben Fällen muß konstatiert werden, daß die neunstündige Arbeitszeit überschritten, und in 41 Fällen ergab sich, daß der Aushang der Verordnung und sonstiges nicht den gesetzlichen Ansprüchen genügte. Bei 56 Revisionen erfolgten nicht weniger als 50 Beanstandungen. Das ist eine Konstatierung, die auch dem rückständigsten Sozialpolitiker folgen muß, solange die Arbeiter nicht selbst dazu herbeigeführt werden, als Kontrolleure tätig zu sein, solange ist das Unternehmertum bemüht, mit der größten Raffinerie die Arbeiterschutzbestimmungen zu umgehen. Unbegreiflich ist es allerdings, daß es sogar Steinarbeiter gibt, die mit der neunstündigen gesetzlichen Arbeits-

zeit nicht einverstanden sind, wie dieses ebenfalls im Bericht konstatiert wird. Den Leuten, so heißt es, schwebte anfangs nicht so sehr die wohlmeinende Absicht des Gesetzes, als der mit der kürzeren Arbeitszeit Leiden der meistens verbundene Lohnentgang vor Augen. Ob und inwieweit diese Behauptung auf die Akkordarbeiter zutrifft, vermögen wir nicht zu behaupten. Den im Tage- oder Stundenlohn stehenden Arbeitern wurde allerdings für den Ausfall der zehnten Arbeitsstunde eine Lohnzulage nicht gewährt, aber es ist gerade interessant, daß in München selbst erst vor einigen Wochen ein Meister den im Stundenlohn stehenden Unorganisierten die entstandene Differenz des Lohnes durch die Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden durch die Erhöhung des Stundenlohnes ausglich, während die Organisierten um diese Lohnhöhung kämpfen mußten. Warum kann der Unternehmer bei den ersteren zulegen? Sicherlich nur deshalb, weil auch die Leistungsfähigkeit dieser Leute gestiegen ist. Diesen Ausgleich wollte man den Organisierten allerdings nicht zugute kommen lassen.

Daß die Arbeitsleistung infolge der reduzierten Arbeitszeit merklich nicht retour ging, zeigt uns eine Stelle (S. 179) im Bericht über die Lohnverhältnisse der Steinarbeiter in Mittelfranken. Bei der in diesem Industriezweig allgemein üblichen Akkordarbeit lassen sich bestimmte Angaben über die Höhe des Rückganges der Akkordsätze nicht machen, doch ist nach den erhaltenen Angaben der größte Teil des Lohnausfalles diesem Umstande (dem Rückgang der Akkordsätze) zuzumessen, da ein wesentlicher Rückgang in der geleisteten Arbeit sich aus der gesetzlichen auf 9 Stunden beschränkten Arbeitszeit nicht ergeben hat.

In einer Anzahl von revidierten Betrieben mußten auch noch Beanstandungen vorgenommen werden wegen der vorhandenen geradezu miserablen Unterkunftsräume und der schlechten Reinigung derselben. Wieder das alte Lamento, schlechte Werkstätten und schlechte Frühstücksbuden, dabei werden erstere nicht ausgeräumt und letztere sehen nur zu oft Schweineställen ähnlich.

Daß im schwarzen Niederbayern die Unternehmer das Gebiet des Arbeiterschutzes ebenfalls ignorieren, ist ja selbstverständlich. Die dortigen Unternehmer sind Großkapitalisten vom reinsten Wasser und die Dividende steht diesen Herren höher als das Kapitel Arbeiterschutz. Es wurden 137 Steinbrüche und Steinhauereien besichtigt und festgestellt, daß die Bundesratsverordnung in 85 Betrieben nicht einmal ausgehängt ist. Das sind ja ganz nette Zustände in diesem Steinbruchselorado, leider ist von einer Bestrafung der Bruchbesitzer nichts zu erhellen. In der Pfalz ist eine Verminderung der jugendlichen Steinarbeiter eingetreten; mit Recht folgert der Bericht, daß daran schlechter Geschäftsgang schuld sei. Denn es mußten 19 Betriebe eingestellt werden. Die Unternehmerorgane sagen allerdings, ja die Bundesratsverordnung ist schuld daran, daß die jungen Kräfte vom Steinarbeiterberufe ferngehalten werden. Der Unternehmerdefinition könnten wir uns mit Freuden anschließen, vorausgesetzt, sie wäre richtig, denn dann würde das erreicht sein, was in den Thesen Sommerfelds zum Ausdruck kam, die unter anderem lauteten: „Der Eintritt in den Beruf der Steinhauer ist nicht vor Beendigung des 16. Lebensjahres gestattet. Die Einstellung eines Lehrlings ist nur dann zulässig, wenn durch das Zeugnis eines von der höheren Verwaltungsbehörde zur Ausstellung solcher Zeugnisse ermächtigten Arztes dargetan wird, daß die körperliche Entwicklung eine Beschäftigung in dem Berufe ohne die Gefahr für die Gesundheit zuläßt.“

Wenn heute schließlich nicht mehr so viele junge Leute den Steinarbeiterberuf ergreifen, so deshalb, weil in den weitesten Kreisen das Selbstmörderische unseres Berufes hinlänglich bekannt ist.

Auch in der Pfalz mußten 19 Steinbruchbesitzer angezeigt werden, die auch bestraft wurden, weil sie den Arbeitern entweder die kürzere (9stündige) Arbeitszeit nicht gewährten oder nicht für geeignete Unterkunftsräume sorgten. In weiteren 33 Fällen nahmen die Ortsbehörden Anzeigen vor und meistens ist dies alles erst geschehen, nachdem unsere Kollegen unter Schilderung der bestehenden Verhältnisse die Behörden an ihre Pflicht erinnerten. Die Pfälzer Unternehmer verstehen sich aber weiter auch aufs Reduzieren, denn die Akkordsätze wurden so geführt, daß durch diese Re-

duzierung ein Mindestverdienst pro Tag von 50 Pfg. bis 1 Mk. zu verzeichnen war. Also die Akkordsätze werden reduziert, und bezüglich des Arbeiterschutzes rühren die Unternehmer keinen Finger, sie lassen sich verwarnen, auch bestrafen, denn sie wissen, eine längere Ausbeutung der Arbeiter als neun Stunden täglich bringt noch zehnmal mehr ein, wenn im unglücklichsten Falle eine Bestrafung eintritt, als der Betrag für diese Strafe.

Generalversammlung.

Die stattgefundenen Verhandlungen über den Geschäftsbericht sowie einen Teil des Punktes Organisation verliefen äußerst interessant. Mit sehr großem Interesse vernahmten die Delegierten den Vorstandsbericht, der überdies gedruckt vorlag, aber in wirkungsvoller Weise ergänzt wurde. Die Debatte war äußerst anregend und die Delegierten befreiten sich ohne Ausnahme der größten Objektivität. Es war das erste Mal auf unseren Zusammenkünften die angenehme Tatsache zu verzeichnen, daß nach fünfständiger Diskussion über den Vorstandsbericht dieser Punkt befriedigend verlassen werden konnte.

Wohl kein Delegierter konnte sich der Meinung verschließen, wenn auch da und dort kleine Einwendungen gemacht wurden, daß es vorwärts gegangen ist. Die Entwicklung einer Organisation wie der unseren kann nicht allein nach dem Mitgliederzuwachs bemessen werden, sondern wir müssen in Betracht ziehen, daß die inneren Verbandseinrichtungen wie auch die Kassenverhältnisse sich bedeutend verbesserten. Sind solche befriedigende Resultate zu verzeichnen, dann wird es auch nicht schwer fallen, den Mitgliederstand in die Höhe zu bringen.

Die Dienstag-Vormittagsitzung hatte sich mit den Anträgen zur Reiseunterstützung zu befassen, und das Resümee der bei Abschluß des Berichts noch nicht beendeten Debatte wird sein: grundlegende Änderungen werden nicht vorgenommen. Es wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt mit Hinzuziehung eines Vorstandsvertreters, um dem Plenum über das Ergebnis der eventuell zu treffenden Umformungen Bericht zu erstatten. Wir lassen in gedrängter Kürze nun den Verhandlungsbericht folgen.

Ferner sei noch darauf verwiesen, daß als Vertreter der Generalkommission und des Steinmetzerverbandes Genosse Knoll-Berlin anwesend ist, und aus Schweden erschien Kollege Malmborg als Vertreter des schwedischen Bruderverbandes. Letzterer war schon auf dem Würzburger Kongreß anwesend sowie auf dem internationalen Kongreß 1903 in Zürich.

Punkt 8½ Uhr eröffnet der Vertrauensmann von Erfurt, Kollege Buchler, die Generalversammlung und heißt die Delegierten herzlich willkommen. Die Steinarbeiter von Erfurt sind stolz, daß der 1. Verbandstag hier abgehalten wird. Es werden sicherlich sehr anregende Debatten gepflogen werden; die Delegierten haben die Aufgabe, die Waffen zu schärfen, um dem vereinigten Unternehmertum jederzeit gerüstet gegenüberzustehen. Möge die Tagung deshalb das Beste für die Weiterentwicklung des Verbandes bringen. In diesem Sinne eröffne ich die Generalversammlung.

Es wurde die Wahl der Geschäftsordnungskommission und der Mandatsprüfungskommission vorgenommen. In die erstere wurden gewählt: Wolf, Mittenmeier, Rothmund, Stich und Sarfert, in die letztere Siebold, German und Kühnath. Die Kommissionen traten sofort zusammen, und um 9 Uhr konnte in die Verhandlungen eingetreten werden.

Das Bureau setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: 1. Vorsitzender Artur Schmidt-Dresden, 2. Vorsitzender Hermann Siebold-Hamburg, 1. Schriftführer August Herrmann-Frankfurt a. M., 2. Schriftführer Göhne-Löbau, Führer der Rednerliste Langer-Striegau.

Der Vorsitzende dankt für das bewiesene Vertrauen, er mahnt die Delegierten zur Sachlichkeit und bittet, in den Ausführungen objektiv zu sein.

Zum 2. Punkt: Vorstandsbericht, erhält Kollege Starke das Wort. Zwölfmal traten die organisierten Steinarbeiter zusammen, hier aber das erste Mal unter der Verbandsform. In Leipzig wurde die Organisationsänderung vollzogen. Eine Opposition machte sich geltend. Der Geschäftsbericht liegt gedruckt vor, er brauche deshalb nicht alles zu behandeln. Aus praktischen Gründen sei die Tagung bis Mitte April hinausgeschoben worden. Im Frühjahr sind 27 Lohnbewegungen gemeldet gewesen, die Vorarbeiten müssen aber gründlich sein. Der Gesamtausschuß war mit dem 18. April einberufen. Der Vorstand setzte sich aus neuen Personen zusammen, eine Einarbeitung in die Geschäfte war notwendig. Eine Störung in den laufenden Arbeiten ist nicht eingetreten. Ich halte mir damals die Sache leichter vor, aber es kommt hinzu,

daß alles umgekrempelt werden mußte. Eine große Opposition machte sich im Herbst 1902 gegen die Einführung der Krankengeldversicherung geltend, die Beschlüsse derselben auf dem Leipziger Kongress schweben sich über diese Materie aus. Die vorgenommene Abstimmung ergab die Ablehnung derselben. Der veröffentlichte Entwurf von damals wird vom Vorstand heute noch aufrecht erhalten. Die Reiseunterstützung mußte geändert werden; den Leipziger Beschluß konnten wir ohne eine große finanzielle Schädigung des Verbands nicht durchführen. Weiter hatten wir die Agitation zu fördern; die Gauenteilung erwies sich als sehr vorteilhaft. Die Gauleitungen haben ihr Möglichstes getan, wir sind mit diesem System zufrieden.

Die Bundesratsverordnung trat in Kraft zurzeit der noch herrschenden Krise. Die Unternehmer planen ein Attentat auf diese noch nicht im geringsten durchgeführte Verordnung. Weiter will er darüber nicht sprechen, der Punkt wird noch eingehend behandelt werden.

Nun zu den Lohnkämpfen. Aus einzelnen Positionen wurden wir zurückgedrängt, dagegen schnitten wir in letzter Zeit besser ab. Der vorige Kongress erfuhr eine gründliche Besprechung dieses Punktes. Man hätte erwarten dürfen, daß die Debatte etwas nutzbringend gewirkt hätte. Die Streiks sind aus verschiedenen Ursachen entstanden; besonders die Lohnreduzierungen gaben naturgemäß hierzu den meisten Anlaß. In vielen Gebieten besteht noch das wilde Akkordsystem. Für die Abschließung von Tarifen muß eine günstige Konjunktur abgewartet werden. Der Zentralvorstand muß über alle Lohnbewegungen eingehend informiert sein. Die Lokalverbände müssen auch den Mut besitzen, bei eventuell ungünstigem Verlauf eines Streiks zu sagen, ein weiterer Kampf ist ausichtslos. Leider wird das nicht immer getan. Den Düsseldorf Kollegen wurde 1902 geraten, nicht einzutreten in einen Kampf; auch hatten die Kollegen eine 14tägige Rindigungsfrist. Beim Kampf wurden auch die Unorganisierten unterstützt, man bringt diese Leute unter das schützende Dach des Verbands. Es werden eben auch Agitationsstreiks gemacht, das müßte ein Ende nehmen. Auch die Streikstatistik müßte mehr gepflegt werden; die Kollegen sind hier noch sehr stark. Wir müssen die amtlichen Statistiken prüfen und kontrollieren können; die Generalkommission hat hier schon Erhebliches bei der Verarbeitung dieser Statistiken geleistet.

Bei der Zahlstellengründung muß größere Vorsicht geübt werden. Zuvor muß die Eintritts- und eine Beitragsmarke bezahlt werden, und dann gibt es erst Material. Sonst werden wir sehr viel Material, und dann stellt sich heraus, die Kollegen wollen von der Sache nach der abgehaltenen Versammlung nichts mehr wissen. Bei uns besteht eine ungeheure Fluktuation, 15 000 Bücher wurden versandt und schließlich auch ausgeföhrt; mit der Mitgliedszahl verglichen, ergibt sich eine sehr große Differenz.

Nun urteilen Sie über unsere Tätigkeit, seien Sie aber objektiv, dann wird die Debatte ein Bild in der Diskussion zum Vorschein bringen, das zeigen wird, wie in Zukunft die Organisation ausgebaut werden muß. (Bravo.)

Lange (zum Kassenerbericht): Ich bin in der Lage, einen erfreulichen Kassenerbericht geben zu können. Es muß auch in Zukunft Aufgabe sein, unsere Finanzen zu stärken. Eine Flut von Anträgen liegt vor, sie haben aber die Tendenz, finanziell die Kasse sehr stark zu schwächen. Wir kommen aus dem Exzerimentieren nicht heraus. Die Anstellung von Gauleitern ist geplant; die Einführung einer Krankenunterstützung, das Obligatorium des Fachblatts wird gewünscht usw. Die Reiseunterstützung soll zwar ausgebaut, aber nicht Unmögliches verlangt werden. Das Obligatorium des Fachblattes würde uns circa 15 000 Mk. kosten, die Gauleitungen würden circa 18 000 Mk. erfordern, die Reiseunterstützung dagegen würde gegen jetzt eine Mehrausgabe von 4000 Mk. verschlingen. Die Streikunterstützung kostet uns circa 12 000 Mk., falls sie eingeföhrt werden sollte. Also Summen, die von weittragender Bedeutung sind bei der jetzigen Beitragserhöhung.

Die lose Organisation mußte geändert werden, ein Schlenker besonders gleiches war vorhanden.

Eine Menge Arbeiten lagen uns vor, sie wurden geleistet. Mancher denkt, es sei ihm Unrecht geschehen, das Gesamtinteresse muß gewahrt werden, das haben wir getan.

Die Abrechnungen gingen nicht immer pünktlich ein, es muß Besserung geschaffen werden. Die Quartalsabrechnungen leisten uns sehr große Dienste, insbesondere bei Lohnbewegungen. Hier müssen die Mitglieder bemüht sein, diesen Zustand zu ändern; die Anordnungen des Vorstandes müssen befolgt werden. Zum Kassenerbericht habe ich nicht mehr viel zu sagen, die letzten zwei Jahresberichte liegen vor, sie haben sie wahrscheinlich schon eingehend gelesen. Die Leistungen pro Kopf sind gestiegen, und das Gesamtvermögen des Verbands betrug am 1. Januar 117 894,11 Mk., wir sind also vorwärts geschritten, und das kann man wohl als eine Stärkung der Organisation ansehen. Wir nahmen an Beiträgen in den einzelnen Jahren ein:

1895:	7 925,02	Mark	Beiträge
1896:	13 398,85	"	"
1897:	14 186,18	"	"
1898:	42 479,94	"	"
1899:	70 587,43	"	"
1900:	91 796,89	"	"
1901:	83 607,35	"	"
1902:	72 484,54	"	"
1903:	100 002,10	"	"

Die Extrasteuern und andre Einnahmen sind hier nicht mit inbegriffen. (Der Redner gab aber dieselben bekannt.) Die übernommenen Reste betragen 1902 9,8 Proz. der Einnahme, die sind also erst 1903 eingegangen. Die einzelnen Gauen leisteten im Durchschnitt ca. 36 Wochenbeiträge. Kommen die eingegangenen Beiträge von 1902 noch hinzu, so ergibt sich eine Beitragsleistung von ca. 40 Wochen. Gegen den Kassenerbericht ist 1903 keine Einwendung gemacht worden. Zu ergänzen wären noch die Ausführungen des Kollegen Starke. Besonders die Kassenführung in den Zahlstellen läßt viel zu wünschen übrig. An dem guten Willen fehlt es unsern Kollegen nicht, das Wollen geht über das Können. Ferner hat der Vorstand eine Enquete über die Nichtdurchführung der Bundesratsverordnung veranlaßt. Der Abgeordnete Fräßdorf hat im Reichstage diese Materie zur Sprache gebracht.

Am Schluß sei bemerkt, daß der Vorstand alles getan hat, um seinen Posten auszufüllen. (Bravo.)

Erte (Obmann des Zentralausschusses): Der Zentralvorstand hat sein Bestes geleistet, mit Arbeiten waren die Beamten überhäuft. Eine immense Arbeit war zu erledigen. Leider konnten die Beratungsgegenstände, die zu bewältigen waren, nicht immer in einer Sitzung erledigt werden. Die Kollegen begründen die Eingaben leider nur oberflächlich, und so wird die Beschlußfassung manchmal verzögert. Beiden Teilen erwachsen Unannehmlichkeiten durch das wiederholte Korrespondieren. Auch müßte sich der Ausschuß manchmal mit Unterstützungsgebeten beschäftigen, die nicht in den Rahmen des Statuts unter den jetzigen Bestimmungen hineingebracht werden können. Ueber die Haltung des Fachorgans ist nicht eine Beschwerde eingegangen, ein Beweis, daß Sie mit der gepflogenen Schreibweise einverstanden sind. Als Mitglied der Kreiskommission glaube er sagen zu dürfen, der Steinarbeiter stehe auf der Höhe der Zeit. Er resumiere sich dahingehend, unsere Beamten haben das menschenmöglichste geleistet.

Schmidt (Vorsitzender des Verbandsausschusses): Es fanden 19 Sitzungen statt, vier gemeinschaftlich mit dem Zentralvorstand. Beim Ausschuß gingen neun Beschwerden ein. Auch er bestätigt, daß die Tätigkeit der Beamten eine nutzbringende war. Er habe nur zu konstatieren, daß der Verband

gesteigert als je dasteh. Der Vorstand hat nach seiner Ueberzeugung nichts unterlassen, was den Verband nicht gefördert hätte. Man brauche sich nur vorzustellen, die gesamte Leitung wurde neu in Leipzig gewählt. Die Situation bezüglich der Debatte über die Einführung der Krankenunterstützung erzeugte eine gewisse Spannung, alles wurde überwunden und wir können uns freuen, daß die Gesamtleitung in guten Händen ist. Kollege Schmidt geht auf einzelne Beschwerden ein, mehrere waren vollständig unbegründet. Er erjucht, dem Vorstande Entlastung zu erteilen.

Als erster Diskussionsredner ergreift das Wort der Gauleiter Kollege Seidel-Dresden: Er heißt das spätere Einberufen des Verbandsstags gut, er weiß als Gauleiter, daß nicht immer alles klappt. Zukünftig müssen die Gauleitungen noch mehr als bisher agitatorisch wirken. Besonders in Berliner Gau sei allem Anschein nach nicht genügend getan worden. Die Urabstimmung wegen der Krankenunterstützung war notwendig. Gewiß war nicht jeder zufrieden mit den einzelnen Handlungen des Vorstandes, aber das kommt überall vor. Bei den Ausgaben für Streikposten stehen oder für die Beschaffung von Arbeitswilligen soll nicht immer so gekaufert werden, er halte das für unangebracht, es wird bloß böses Blut erzeugt und bei Streiks eine gewisse Mißstimmung herbeigeföhrt. Im übrigen ist er mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden.

Mittelnmeier-München: Bezüglich der Reiseunterstützung habe er die Ansicht, daß der Leipziger Beschluß nicht ausgeführt wurde. Nun hat der Vorstand gesagt, es herrsche Zufahrenheit in den Zahlstellen, insbesondere bei Lohnbewegungen und Streiks. Auch beim Zentralvorstand trifft dieses zu. In München kam es bei Greinbl bekanntlich zu dreimaligen Differenzen. Erst 14 Tage nach der Meldung über die Lohnbewegung sei ein Bescheid vom Zentralvorstand eingetroffen. Am 12. August 1903 sei die Bewegung gemeldet worden, und ebenfalls erst 14 Tage später kam das Streikmaterial. Besonders die Briefe von Starke lassen bezüglich des Lohnes manchmal sehr viel zu wünschen übrig. Dieses müßte energig kritisiert werden. Ueber die Taktik bei Streiks werde er bei diesem Punkte der Tagesordnung sprechen.

Kraft-Mannheim: Mit der Leitung und deren Arbeiten bin ich sehr zufrieden. Ich stehe lange in der Bewegung und muß betonen, daß die Geschäfte in glatter Weise abgewickelt wurden. Es wäre sehr gut, wenn eine dritte Beitragsklasse eingeföhrt würde. Er teilt die Meinung des Kassierers nicht, daß eine dritte Klasse eine Herabsetzung der Beiträge bedeutet. Wir müssen in die Bruchgebiete eindringen, dort ist die größte Konkurrenz. Föhren wir eine weitere Klasse ein, so gewinnen wir gewiß diese Leute. Die Anträge liegen von mehreren Seiten vor, es ist somit auch als ein Bedürfnis zu betrachten, eine dritte Klasse einzuföhren.

Rothmund-Suttgart: Er hält es für verfehlt, nachdem so viele Anträge von den Mitgliedern gestellt wurden, daß der Zentralvorstand nicht das Fazit gezogen und dementsprechend Anträge gestellt hat. Gegen die Wänderung der Bundesratsverordnung müssen wir uns sehr stark wehren. Die eventuell anzustellenden Gauleiter verschlingen keine so hohen Kosten, wie der Vorstand bemerkte. Manches könnte für die jetzigen Gauleitungen noch geleistet werden. In Württemberg gehe es vorwärts, die Maßnahmen des Vorstandes billige er.

Bergbauer-Neusorg: Die Haltung des Vorstandes im Weigner Streik sei nicht ganz korrekt gewesen. Besonders die Vorgänge am Gewerbegericht konnten und mußten zu Mißverständnissen föhren.

Müller-Ohr: Er als Gauleiter habe mit dem Vorstand die Föhlung nicht verloren. Wir haben Fortschritte gemacht, das ist nicht zu leugnen. Die Winkle von der Leitung müssen auch befolgt werden, denn sonst brauchen wir keine Organisationsleiter. Besonders in Unterstützungsfragen stellt man zu weitgehende Anforderungen. Er betweist auf einen speziellen Fall. Unser Fachorgan stehe auf der Höhe der Zeit, es sei reichhaltig ausgeföhrt. Er hätte nichts dagegen gehabt, wenn der Verbandstag ein Jahr später stattgefunden hätte.

Herrmann-Frankfurt: Bei uns in Süddeutschland können die Tarife nicht so schnell den Unternehmern aufgetroht werden. Die Kollegen sind zu beherrschlos. Die Gauleitungen haben ihre Schuldigkeit getan, und es wird in Zukunft noch besser werden. Wie in München die Sache mit dem Minimallohn stand, weiß ich nicht genau, aber lieber bewilligen die Unternehmer etliche Pfennige pro Stunde mehr, aber nur nichts von Minimallohn. Mit der Leitung sei er zufrieden. Die Kassenverhältnisse sind im Gesamten als günstig zu betrachten. Die Agitation im Maintale sei schwer, wir arbeiteten mit größter Föhigkeit. Auch die Christlichen fangen an, unermülich zu agitieren, wir dürfen nichts veräumen und dürfen kein Mittel scheuen, um so weiter arbeiten zu können. Die Christlichen haben in den Geistlichen sehr tüchtige Agitatoren, die Organisation derselben ist aber noch unbedeutend.

Pföhler-Strasbourg: Derselbe äußert sich über die Verhältnisse in seinem Gau. Es sei dort ein Fortschritt zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl sei im Elsaß sehr gestiegen. Die Fluktuation sei aber immer noch sehr groß gewesen. Leider kommt es vor, daß Kollegen mehrmals sich Bücher ausstellen lassen. Die Straßburger Kollegen meinten es sehr gut, in Leipzig schienen wir vor zwei Jahren mißverstanden worden zu sein. Jetzt ist das Verhältnis besser. Wir arbeiten ganz harmonisch Hand in Hand mit dem Zentralvorstand.

Bau-Grünsfeld: In Würzburg sind die Verhältnisse verfahren, aber wo sollen denn die Kräfte hergenommen werden? Die Organisation ist dort noch sehr jung, und da liegen die zu besetzenden Punkte. Kollege Sauer, sowie auch Breuning geben sich aber erdenkliche Mühe, um die Indifferenten zu gewinnen, aber dieselben sind sehr halbstarrig. Die Konjunktur im Müschelkaalgebiet ist als sehr günstig zu bezeichnen. Uns fehlt es an agitatorischen Kräften. Die Zahlstellen Rothenburg sowie Gartershofen haben sich gehalten. In letzterem Ort schaffen meist Fremde. Ein großes Feld liegt hier vollständig brach.

Stich-Hamburg: Nach den gemachten Ausführungen sei wenig hinzuzufügen. Die Gauleitungen sind eine sehr zweckentsprechende Einrichtung. Der Kassenbestand freue ihn. Das Gerüchte des Verbands erscheine ihm sehr stabil; die Disziplin läßt allerdings noch bebenlich zu wünschen übrig. Es bedarf eben der Erziehung der Kollegen, um sie zu tapferen Kämpfern zu machen. In Hamburg ist noch vieles zu verbessern; die Konjunktur hatte ihr möglichstes getan, um unsere Bewegung ungünstig zu beeinflussen. Die Jahresberichte haben sich bewährt, die Kollegen konnten sich informieren, und dieses war und ist notwendig. Die Mitglieder müssen über die gesamten Einrichtungen sich Klarheit schaffen.

Grünele-Miesha bespricht die Verhältnisse von seinem Orte und föhrt einen speziellen Fall an, wo der Vorstand nicht richtig gehandelt hätte. Die Kollegen, wenn sie nicht tapfer zur Fahne halten, werden wankelmütig, wenn nicht alles richtig abgewickelt wird. Miesha als Zahlstelle sei zurückgegangen, besonders der Fall mit dem ehemaligen Vertrauensmann sei nicht dazu angetan gewesen, die Stimmung in Miesha zu heben.

Siebold-Hamburg: Die Berichte haben mich sehr befriedigt, sie waren noch niemals so gut abgefakt. Dem H.-Artikel soll man nicht so viel Wert beilegen. Die Verbandsform war notwendig und hätte schon 1900 eingeföhrt werden sollen. Er freue sich, daß stabilere Verhältnisse eingetreten sind. Die Briefe, soweit er sie mit Starke wechselte, trugen von letzterem immer das Zeichen des guten Einvernehmens. Auch anderswo wird manches scharfe Wort gebraucht; nur nicht so zimperlich. Die Steinarbeiter föhren eine offene Sprache. Die Haltung des Vorstandes billige er, es sei demselben Decharge zu erteilen.

Geist-Leipzig: Er hat den Vorstand nicht zu verteidigen. In den Zahlstellen wird noch sehr viel geföhrt. Er nennt einen Fall, wo in eine Bewegung eingetreten wurde, die Kollegen aber das Statut vollständig übergangen. Dieses kann nicht gutgehen werden. Die Zahlstellen sind manchmal sehr lässig im schriftlichen Verkehr. Würden alle Vorkommnisse gemeldet, dann könnte den Zahlstellen sehr stark geholfen werden. In seinem Gau sind viele Kollegen eingetreten, aber die Fluktuation war eine sehr große. Hier muß alles aufgeboten werden, um die gemonnenen Mitglieder zu erhalten. Die einzelnen Zahlstellen müssen mehr Selbständigkeit entfalten, sie seien manchmal noch sehr unbeholfen.

Schmidt-Düsseldorf: Derselbe bespricht den Düsseldorf Streik, er war damals noch nicht in der örtlichen Leitung. Die Sache war nicht richtig angefangen. Mit dem Bericht kann er sich einverstanden erklären. Sein Gau sei weit zurück, und es kommen sehr viele Kollegen in Betracht. Die Agitation ist dort schwer. Die Kollegen selbst müssen die Gauleitung mehr unterstützen.

Güttig-Demiss-Thumitz: Die Gauleitungen müssen mit mehr Machtbefugnissen ausgestattet werden. Die Grenzbezirke bedürfen der Nachhilfe.

Seidel-Dresden: Er muß die Sache Meisen doch noch besprechen. Wenn Starke den schon genannten Ausdruck gebraucht habe, bei Köpfer wird nicht mehr gestreift, so sei diesem eine andre Deutung beizulegen. Die Kollegen müssen mit ihren Ausführungen vorsichtiger sein. Die Rieser Kollegen konnten das Gewerbegericht nicht anrufen wegen den betreffenden Sohlbänken, es ist in Miesha kein solches vorhanden. Die Sache hätte an das Amtsgericht gehen müssen. Alles könnte man dem Vorstand nicht aufbürden. Warum habe man die Klageführung nicht einem bekannnten Parteigenossen von dort übertragen?

Rudolf-Freiburg: Es wurde eine Todesanzeige aufgenommen, die ging nicht von der Zahlstelle ein. Er habe sich in Leipzig darüber erkundigt, da habe man ihm geantwortet, wir können uns nicht um den Toten kümmern, wir haben mit den Lebenden zu tun.

Walter-Berlin: Die geographischen Verhältnisse im Gau Berlin sind ungünstig, die Kosten für die Agitation wären sehr hoch gewesen, andre Orie, insbesondere die Bruchgebiete, sollten mehr agitieren. Mit der Wahlkreiseinteilung sei er nicht einverstanden, auch die Branchen solle man nicht so sehr in den Vordergrund stellen. Staudinger schreibe, nur die Befähigten sollen vorgeschlagen werden. Das Verbandsplakat hätte anders hergestellt werden müssen. Die Bundesratsverordnung soll ins Beitragsbüchel eingestekt werden, viele Kollegen wissen nichts von diesen Bestimmungen. Ueber den H.-Artikel braucht man sich nicht aufzuregen, eine Kritik sei nicht immer schädlich. Was in diesem Artikel gesagt wurde, war nicht von Bedeutung und traf vollständig daneben.

Brück-Weucha: Es muß in Zukunft unsere Aufgabe sein, daß ein Teil der Steinarbeiter nicht in einem andern Verband sein darf. Bei Lohnbewegungen ist ein solcher Zustand sehr ungünstig. Die Pflastersteine gehören in unsern Verband. In Weucha sind letztere dagegen im Hilfsarbeiterverband. Der Fehler wurde aber vor Jahren von den Steinmeßern gemacht, indem man die Pflastersteine nicht aufnehmen wollte. In seiner Zahlstelle war der Vertrauensmann auch Kassierer und revidierte seine Kasse selbst. Die Kollegen müssen selbst auf dem Posten sein, dann kann in der Kassenführung nichts Schlimmes vorkommen. Wir haben dort Fortschritte gemacht. Die Kollegen müssen Vertrauen zur Leitung haben.

Kettenbaum-Kaiserlautern: Was die Anpassungen auf die Person des Zentralvorsitzenden anbelangt bezüglich des rauen Lohnes, so bin ich gegenentlicher Ansicht.

Bezüglich der Reiseunterstützung wurde angeführt, daß die reisenden Kollegen sich mehr nach den Bruchdistrikten wenden sollen, um hier agitatorisch mitzuwirken. Aber, Kollegen, wie soll dies geschehen, wenn die Bruchdistrikte überhaupt nicht organisiert sind und die Kollegen, wenn sie zureisen, keine Unterstützung erhalten können? Es müssen unbedingt mehr Orte eingeseht werden, besonders in der Pfalz, in denen Reiseunterstützung ausbezahlt wird. Redner föhrt ein Beispiel an, daß im vorigen Jahre ein Kollege von Düsseldorf aus zugereist kam und auf der ganzen Strecke keinen Ort vorfand, der Unterstützung auszahlte. Im weiteren erklärt sich Redner mit der Föhung des Zentralvorstandes einverstanden und bittet, demselben Decharge zu erteilen.

Jahn-Dresden: Der Ton in den Briefen beruht auf Gegenseitigkeit; er habe Einblick in den Briefwechsel genommen und wisse, daß die Kollegen auch nicht lauter Engel seien. Mit dem Streik bei Stein sei er auch nicht mit allem einverstanden, es muß aber nicht alles auf die Spitze getrieben werden. Mit dem Plakat ist er sehr zufrieden, in Berlin hat man eben einen vereinfachten Geschmack. Weitere Ausführungen behalte er sich vor.

Eisner-Dresden: Jeder Kollege müßte eine Jahresstatistik erhalten. Er wundere sich, daß die Leipziger Marmorarbeiter sich nicht an der Delegiertenwahl beteiligten. Es scheine ihm, die Marmorarbeiter seien zurückgeföhrt worden, insbesondere in der Agitation.

Geist-Leipzig stellt noch einige Behauptungen richtig, dann erhält Starke zu seinem Bericht das Schlußwort.

Er sagt, ihm sind alle Steinarbeiter gleich. In Süddeutschland sind die Verhältnisse eigenartig gelagert, die größten Betriebe sind in dortiger Gegend, die Organisation aber steht ungünstig. Besonders mit den Straßburger Kollegen mußte eine eingehende Auseinandersetzung geführt werden, jetzt aber ist gerade dort die Organisation sehr gut. Gegen die Ausführungen von Mittenmaier müsse er sich verwahren. In München haben wir eine alte Zahlstelle, eine Antipathie herrsche aber gegen die Leitung, das scheine ihm sicher zu sein. Ueber den Briefwechsel kann man verschiedener Meinung sein. Wie Mittenmaier nach München kam, war er sehr pessimistisch, er habe aber alles bei der Gründung der Gauleitungen getan, um die Organisation zu stärken. Aber welche Briefe hat mir derselbe geschrieben. Auffallen muß es, daß es mit den Streiks nicht zu Ende gehen will in München. Raum ist eine Einigung erzielt, dann geht die Sache wieder von neuem los. Wenn wir die Taktik befolgen, so werden wir unser Geld schnell los, mit einer solchen Taktik der Unterstützung der Unorganisierten können überall auf kurze Zeit Mitglieder gewonnen werden, das ist aber kein Organisieren mehr. Man sagt, dem Vorstand hätte man die letzte Bewegung gemeldet, das trifft nicht zu. Das melde man nicht nebenbei. Eine solche Lohnbewegung, wie in München, könne unmöglich vergessen werden. Ueber den Weigner Streik will er sich nicht eingehend äußern, diejenigen, die diese Frage anschnitten, würden schlecht abschneiden. Der Unternehmer Köpfer sei sehr geschickt vorgegangen. Wir waren nicht hinreichend gerüstet. Dort hatten wir schon manchen Kampf ausfechten müssen; aber auch die Kollegen waren sehr unruhig und konnten ein weiteres Eingreifen nicht abwarten. Man macht Vorwürfe über Vorwürfe, aber sie sind nicht begründet, auch hier wäre eine Remede angebracht. Die persönlichen Reibereien unter den Kollegen würden auch sehr stark in den Vordergrund gestellt, eine Verfahrenheit war also unter den Kollegen selbst vorhanden.

In Nürnberg sind viele Steinmeßer beim Maurerverband, dieses liegt in den dortigen Verhältnissen. Die Gerunterpoker, wie sie heißen, sind beim Maurerverband. Die Unterstützung an Grub nach Nürnberg wurde ausgezahlt, leider war er von dort schon abgereist. Die Wahlkreiseinteilung so zu gestalten, daß eine entgegengesetzte Meinung nicht zum Ausdruck komme, sei nicht gut möglich, so sei es auch mit dem Plakat, die Un-

lichten seien aber darüber sehr verschieden, viele Kollegen sind mit diesem Entwurf sehr zufrieden.

Die Agitation soll und muß auch bei den Warmararbeitern gefördert werden, eine Zurückstellung dieser Branche sei nicht zu bezeichnen. In solchen Stellungen als Gewerkschaftsbeamter befindet man sich auch nicht immer wohl.

Lang (Kassierer, Schlußwort): Der von Seidel angelegte Wunsch, die von mir zuerst bekannt gegebenen Zahlen in den Jahresbericht aufzunehmen, ist nicht gut möglich, es wird dann der Rechenschaftsbericht bedeutend später fertiggestellt. Man verlangt, man soll nicht immer so sparsam sein, würden aber Ausgaben gemacht, die nicht im Statut stehen, so würde der Vorwurf bedeutend schärfer ausfallen. Mittenmaier sprach von einer Zerfahrenheit, hat aber die realen Tatsachen nicht vorgebracht. Beim Streit an der Ludwigsstraße lautete der erste Brief vom 19. August 1903, alle seien organisiert, tatsächlich sind am 18. August 15 Mann in den Verband eingetreten, etliche Tage später brach der Streit aus und es kamen 21 Mann in Frage. Es erscheint dem Redner als nicht angebracht, daß sich die Mitglieder in die Angelegenheit der Nürnberger Kollegen mischen. Die Autorität des Verbandes wird unerhöht untergraben. Bezüglich der Klasseneinteilung ist er anderer Meinung wie Kraft. Wenn einzelne Gänge sich Stempel verschaffen wollen, so haben wir nichts dagegen. Die Meißner Kollegen haben bei Unterstützung von Abreisenden mehr bezahlt, als wie vorgehen. Gebe man den Finger, so verlange man die ganze Hand. Die Ausführungen Schmidts-Düffeldorf wegen dem Erlassen der Restkontos lassen sich in der Kommission am besten regeln, es kommen noch mehr Zahlstellen in Betracht.

Der Vorwurf des Kollegen Grünelt-Nieser, er hätte dem Vertrauensmann und Kassierer von dort immer Marken geliefert, ist unberechtigt und vollständig aus der Luft gegriffen. Die Angelegenheit mit den 5000 Mark, die an das Gewerkschaftshaus nach Pirna geliefert sind, ist dahin richtiggestellt, daß wir im Vorstand eine hypothekarische Eintragung verlangten, die Sache ist noch in der Schwebe. Wenn die Delegierten nach Hause kommen, so mögen sie von den gepflogenen Debatten Notiz nehmen.

Es folgen persönliche Mitteilungen der Kollegen Mittenmaier, Walter, Stieh, Müller, Grünelt, Stebold, Bergbauer, Zahn und Pöhler.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Berlin I. Der Eintritt der günstigen Konjunktur in Grabsteingewerbe veranlaßte die Schriftführer am Montag, den 11. April, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Branche einer Kritik zu unterziehen. Die Schmutzkonkurrenz der Geschäftsinhaber einerseits, sowie die grenzenlose Laune der Kollegen andererseits haben die Verhältnisse auf ein derart niedriges Niveau gebracht, daß es den Kollegen, welche, gestützt auf unsere Organisation, bestrebt sind, die Schäden auszumerzen, äußerst schwer gemacht wird, gesündere Verhältnisse zu schaffen. Die Versammlung beschloß, den Affordarier der Zunung (Reduzierung von 10 Proz. unserer Forderungen) nicht anzuerkennen, sondern nach wie vor an dem feinerzeit von Meister und Gesellen vereinbarten Schriftführer, dessen Hauptpositionen seit mehr als 25 Jahren gewahrt worden sind, festzuhalten. Ferner fordern die Schriftführer ebenfalls die Erhöhung des Stundenlohns von 70 auf 75 Pfg. Durch strengste Aufrechterhaltung dieser Forderungen glaubt die Versammlung am besten der von den Unternehmern so oft erwähnten Schleuderkonkurrenz entgegenzutreten zu können.

Bremen I. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Abrechnung vom 1. Quartal, hatte der Kassierer leider zwei Restanten zu verzeichnen. Hierauf gab der Kartelldelegierte Bericht über die Arbeiten, welche das Kartell im verfloßenen Quartal bewältigt hat. Zum Punkt: Tarif, verlas der Obmann der Lohnkommission die Antwort der Meister auf unsere Resolution von voriger Versammlung. Danach soll der Spezialtarif fortfallen, die Erhöhung des Stundenlohnes soll aber erst erfolgen, sobald die Maurer dieses durchgesetzt haben. Folgende Resolution wurde hierauf angenommen: „Die Versammlung vom 12. April befaßt auf ihrem Standpunkte, daß der Stundenlohn von 70 auf 75 Pfg. für dieses Jahr, und für nächstes Jahr auf 75 Pfg. festgesetzt wird. Hierzu versprechen die Gesellen, die Lohnverhältnisse in der Kunststeinfabrik einer Regelung zu unterziehen. Sie erklären sich aber außer Stande, in die Rechte der Sektion II einzugreifen, da dieselbe vollständig selbständig ist.“ In das Meißnerkomitee wurden drei Kollegen gewählt. Die Versammlung war von 52 Kollegen besucht.

Deutmannsdorf. Sonntag, den 10. April, fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt, die sich hauptsächlich mit den Mißständen auf Niggls Platz beschäftigte. Die Bundesratsverordnung wird nicht eingehalten. Es sind in dieser Sache noch soviel Mißstände, daß man sich wundern muß, wie so etwas noch möglich ist. Keine Wube ist vorchriftsmäßig. Es ist eine schöne Wube am Bahnhof. Aber dort wird nichts gemacht, wahrscheinlich um zu sparen, denn es wird dadurch noch ein Polier nötig. Aber lieber die Gesundheit der Leute ruinieren, als dem Unternehmer mehr Ausgaben zu machen. Auch ist die Arbeitseinstellung sehr zu bewundern, wie sie in Deutmannsdorf jetzt Wube ist. Kommen Fremde, die werden eingestellt. Anständige stellt der Geschäftsführer Schneider nicht ein. Verschiedene sollen ihn beleidigt haben. Andre bestellt er etlichemal in den Wuch und stellt sie dann doch nicht ein. Es ist bedauerlich, wenn solche Zustände auf einem Plage einreichen. Sie können nur dann wieder besser werden, wenn die Kollegen untereinander einig sind und jeder würde nach dem Spruche handeln: Einer für alle und alle für einen.

Freiburg i. B. Am Sonntag, den 10. April, fand eine von fast allen zurzeit hier beschäftigten Kollegen besuchte Versammlung statt, zu der auch Gauleiter Kollege Pöhler aus Straßburg erschienen war, welcher über die Lage im Gau referierte. Betreffs unserer Lohnbewegung war von uns an die Meister ein Schreiben gerichtet worden, ob sie unterhandeln wollen oder nicht, und bis Freitag, den 8. April, Antwort erwarten. Statt Antwort wurde auf den meisten Plätzen Sonnabends eine Arbeitsordnung angeschlagen, mit welcher wir unter keinen Umständen einverstanden sein können, was in einem früheren Schreiben an die Meister auch betont wurde; trotzdem verlangten sie Anerkennung ihrer einseitig ausgearbeiteten Arbeitsordnung. Es wurde eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Rudolf, Droll und Möber, gewählt, welche bei jedem einzelnen Unternehmer vorstellig werden soll und Antwort verlangt, ob sie gewillt sind, mit uns in Unterhandlungen zu treten, desgleichen namens der hiesigen Kollegen die Erklärung abgibt, daß wir ihre Arbeitsordnung unter allen Umständen ablehnen. Die Kommission, welche vorgelegt wurde, erhielt vom Obmann der Meister das Versprechen, er wolle eine Meisterversammlung einberufen und sehen, was sich dann machen ließe. Darum, Kollegen, seid einig und sorgt dafür, daß die wenigen, welche uns noch fernstehen, unserm Verbands beitreten, dann werden wir auch Anerkennung unserer bescheidenen und gerechten Forderungen erzielen.

Gasserode (Harz). Die Verhältnisse bezüglich der Pflasterarbeiten verschlechtern sich in hiesiger Gegend zusehends. Kurzlich kamen wieder Lohnreduzierungen vor, ja man birdet sogar den Kollegen die Schmelzofen noch auf. Die Granitsteinmengen tun deshalb sehr gut, falls wie gewöhnlich in den Betrieben Steinarbeiter gesucht werden, sehr vorzüglich zu sein und sich zuvor auf das genaueste zu erkundigen, und mindestens im Hinblick den täglichen Durchschnittslohn festsetzen zu

lassen. Hier in diesem Gebiet findet immer ein großer Arbeitswechsel statt, und wir raten deshalb den Kollegen, solchen Arbeitsangeboten gegenüber sehr vorsichtig zu sein.

Hoof 5. Kaffel. Sonntag, den 10. April, nachmittags 3 Uhr fand im Lokale des Gastwirts G. Landgrebe in Hoof eine Mitgliederversammlung statt. 1. Punkt der Tagesordnung war Gaubericht. Ueber diesen Punkt referierte der Kassierer Manß; der auch die Abrechnung der Kasse aus dem Jahre 1903 verlas. 2. Punkt: Wahl der Vorstandsmitglieder. Es ergab sich folgendes Resultat: Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Wilhelm Neuring, als Kassierer G. Manß, als Schriftführer R. Ludwig, als Revisoren R. Schmidt, J. Reuter und W. Meise gewählt. Nach der Wahl erwähnte der Kassierer die neugewählten Vorstandsmitglieder, sich eifrig zu bemühen und für das Wohl der Zahlstelle sowie für Agitation zu sorgen. 3. Punkt: Besprechung über die Maifeier. Folgendes wurde beschlossen: Am 1. Mai von nachmittags 3 Uhr an im Saale des Herrn Gastwirts G. Landgrebe in Hoof Vortrag von einem Kollegen aus Kaffel über Zweck des 1. Mai. Hierzu werden sämtliche Gewerkschaften sowie die Zahlstelle der Maurer, der Bergarbeiter und der Weißbinder, welche alle hier domizilieren, eingeladen, so daß man es ein Gewerkschaftsfest heißen könnte. 4. Punkt: Bücherrevision. Der Kassierer revidierte die Verbandsbücher, welche auch soweit in Ordnung waren. Hierauf rechnete der Kassierer Manß mit dem bisherigen Hilfskassierer W. Neuring aus Elgershausen ab und schloß dann die Versammlung.

Nürnberg. Am 9. d. M. fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt. Als erster Punkt wurde die Abrechnung vom 1. Quartal 1904 erledigt. Unterm 2. Punkt wurde Kollege Gantenab als zweiter Kartelldelegierter gewählt. Genannter Kollege nahm das Amt auch an. Unterm 3. Punkt wurde die Arbeitsniederlegung am Kulturvereinsneubau in Betracht gezogen, bezüglich Streikunterstützung und der Auslagen, die der Zahlstelle erwachsen sind. Einige Kollegen äußerten sich dahin, im Falle es nicht von der Geschäftsleitung genehmigt wird, zum Zentralverband der Maurer überzutreten. Die Kollegen wurden wegen dieser Meißnerung stark geidelt und ihnen klar und deutlich gesagt, sie mögen in Zukunft die Statuten besser ins Auge fassen bzw. durchlesen, dann kämen solche Meißnerungen in Wegfall. Hauptächlich handelte es sich um die Auslagen, die an den Gauvortrag bezahlt werden sollen, bezüglich der Streikrosen, die er in Würzburg, Rottendorf und Heidingsfeld stellte. Der Vorsitzende erklärte hierauf, daß die Zahlstelle nicht in der Lage ist, dies zu bestreiten. Es wurde angeregt, dies dem Vorsitzenden Starke nochmals mitzuteilen, damit es in Ordnung kommt. 4. Punkt: Diskussion. Es wurden unter diesem Punkte noch verschiedene Ortsangelegenheiten geregelt. Ferner erklärte Kollege Dohler, wieder in den Verband einzutreten, was aber einstimmig abgelehnt wurde, und dabei betont, daß es ein Merkmal für den betr. Kollegen sein soll, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Reinheim. In Spachbrüden bei Reinheim im Odenwald fand am Sonntag, den 10. April, eine öffentliche Steinarbeiterversammlung der Arbeiter des Granitwerks Reinheim beim Gastwirt Anton Neureich statt. Als Referent war Kollege August Permann aus Frankfurt erschienen. In seinem Referat über die Gewerkschaftsbewegung gab er einen Rückblick auf die letzten zehn Jahre und zeigte, wie die Arbeitgeber vorwärts kommen, wie z. B. Kreuz und Böhringer, die Kollegen aber immer wirtschaftlich schlechter gestellt werden, weil sie keiner Organisation angehören. Gerade im Odenwald müßte alles daran gesetzt werden, um unsere Position zu stärken, leider sind die Kollegen so schwer zum Verband zu gewinnen. Mehr als tausend Kollegen kommen in Betracht, welche Macht, wenn diese zusammengeschlossen sind, gegenüber dem so übermütigen Unternehmertum, welche Errungenschaften, könnten da zu verzeichnen sein. Deshalb laute unsere Parole, Stärkung des Steinarbeiterverbandes. (Lebhafte Beifall.) Nach unerheblicher Diskussion wurde die Versammlung, die sehr gut verlief, geschlossen.

Ueberlingen. (Berichtigung.) In Ihrer Nr. 15 bringen Sie unter Ueberlingen über unser Geschäft einen Bericht der der Richtigstellung bedarf. 1. Wurden mit den betreffenden Leuten am 7. März die Löhne vereinbart, und zwar mit denen, welche schon vom Sommer 1903 ab beschäftigt waren ununterbrochen bereits in gleicher Höhe. 2. Am 18. März war Zahltag und hatte keine Reklamation stattgefunden, außer vom Steinhauer Möhring, dem sein Wunsch erfüllt wurde. 3. Am Dienstag, den 29. März, unter dem Zahltag, wurde das Verlangen wegen Lohnreduzierung abgewiesen, weil die Löhne am 7. März vereinbart wurden und eine Reklamation am Zahltag, den 18. März, hierauf ausblieb, und daher die ganze Lohnsache für den Zahltag vom 18. März bis 3. April als geregelt angesehen werden mußte; (?) auch schon deshalb, weil die Löhne den Leistungen mindestens entsprachen.

Franz Schmal u. Cie.
Baununternehmung.
F. Schmal.

Das Jahrzehnt der Gewerkschaften.

Weshalb sich die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland langsamer entwickelt hat, als die politische Bewegung des Proletariats, geht zur Genüge aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hervor. In jedem Falle lagen die Ursachen weit tiefer als in dem mangelhaften Verständnis Lassalles für das Gewerkschaftswesen, das man gewöhnlich in erster Reihe dafür verantwortlich macht. Wären sonst nur die historischen Vorbedingungen für eine kräftige Entwicklung des deutschen Gewerkschaftswesens vorhanden gewesen, so wäre Lassalles Autorität, so groß sie unter den damaligen Arbeitern war, doch lange nicht groß genug gewesen, den Gang der Dinge aufzuhalten, selbst wenn man voraussetzen wollte, was keineswegs vorausgesetzt werden darf, daß Lassalle selbst nicht die Zeichen der Zeit erkannt hätte. Ohnehin war sein Standpunkt in dieser Frage keineswegs so weit, wie man gewöhnlich annimmt, von dem Standpunkt entfernt, den Marx und Engels einnahmen.

Marx sprach sich zum erstenmal in seiner Streitschrift gegen Proudhon über Gewerkschaften aus. Obgleich sie im Jahre 1847 von den bürgerlichen Ökonomen und den utopistischen Sozialisten gleichermaßen verworfen wurden, erblickte Marx in ihnen ein notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaft. Allein die eigentümliche und selbständige Bedeutung, die sie für den proletarischen Klassenkampf haben, erkannte Marx damals auch nicht. Er schrieb ihnen einen ungeheuren Einfluß auf die Entwicklung der Industrie zu, auch wenn sie keine andre Wirkung hätten, als die, mechanische Erfindungen gegen sich wachzurufen; sonst aber sah er in ihnen die ersten Versuche des Proletariats, sich als Klasse zu organisieren, um dann im Kampfe von Klasse gegen Klasse einen politischen Kampf zu führen; er verglich sie mit der Koalition des Bürgeriums gegen die Feudalherren, die ansfangs auch nur partiell gewesen sei, bis die als Klasse konstituierte Bourgeoisie die feudale Herrschaft umgestürzt und die Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet habe.

Bemerkenswerter ist, daß Marx auch in der Inauguraladresse der Internationalen, im Herbst 1864, als Lassalle bereits tot war, unter den beiden großen Tatsachen, von denen er sagt,

daß die Niederlage der europäischen Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren auch ihre entscheidenden Charakterzüge gehabt habe, zwar den gewerkschaftlichen Arbeitstag, aber dann nicht die Gewerkschafts-, sondern die Kooperativbewegung anführt, so daß demnach die Pioniere von Rochdale eine bedeutendere historische Erscheinung gewesen wären, als der Gewerkschaft der englischen Maschinenbauer, was heute schwerlich von einem Sozialisten unterschrieben werden wird. Von den Gewerkschaften wird in der Inauguraladresse so wenig gesprochen, wie in Lassalles Antwortschreiben. Dagegen berührt sich die Ausführung der Adresse, daß die Kooperativbewegung, „auf gelegentliche Versuche einzelner Arbeiter beschränkt, das kapitalistische Monopol nicht zu brechen vermöge“, aber daß sie, zu nationalen Dimensionen ausgedehnt und durch Staatsmittel gefördert, die Massen retten könne, sehr nahe mit Lassalles bahnbrechender Agitationschrift.

Was von Marx und Lassalle selbst, das galt auch von ihren Anhängern, so lange sie in getrennten Kolonnen marschierten. Trotz Lassalles Abneigung gegen Gewerkschaften waren es doch Lassalleaner, die zuerst, über den Widerstand aus ihren eigenen Reihen hinweg, mit der Gründung von Gewerkschaften voringen, sobald sie erkannten, daß die Arbeitermassen von selbst auf diesen Weg drängten. Gewiß kann man sagen, daß sie dabei große Fehler begangen haben, aber das läßt sich kaum weniger von der andern sozialdemokratischen Fraktion sagen, die im Jahre 1870 auf ihrem Stuttgarter Kongreß als die Hauptaufgabe der Gewerkschaften die Bildung und die Förderung gemeinsamer Produktivgeschäfte empfahl. Mag auch im ganzen und großen die Lassalleanische Richtung das geringe Interesse und Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung gehabt haben, so war doch der Unterschied keineswegs so groß, daß er irgend ein entscheidendes Gewicht bräße für die Frage, weshalb sich die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Deutschland langsamer entwickelt hat, als die politische.

Im letzten Grunde ergab sich diese Erscheinung aus dem ganzen Zusammenhange der deutschen Geschichte. Der deutsche Kapitalismus war ein Spätling gegenüber seinen westeuropäischen Geschwistern; als sich die deutsche Bourgeoisie und damit auch das deutsche Proletariat auf halbwegs großem Fuße zu entwickeln begannen, fanden beide schon gehäufte historische Erfahrungen über den Klassenkampf vor, der zwischen ihnen entbrennen mußte. Die Folge davon war höheres Selbstvertrauen und weiterer Blick beim Proletariat, größere Jaghaftigkeit und engerer Horizont bei der Bourgeoisie; in gegenseitig sich steigender Wirkung ergab sich daraus, daß die deutsche Bourgeoisie auf dem Kampfe gegen Absolutismus und Feudalismus beruhte, daß die Arbeiterklasse ihre gesammelte Kraft in diesen Kampf werfen mußte, um den freien Spielraum zu gewinnen, dessen sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft für ihre gewerkschaftliche Organisation bedarf. Der einfachste Selbsthaltungstrieb gebot dem proletarischen Klassenkampfe, seine politische über seine gewerkschaftliche Organisation zu stellen; wäre er umgekehrt verfahren, so hätte er unendlich viel längere Zeit gebraucht, um eine Macht im nationalen Leben zu werden.

Er ist aber nicht umgekehrt verfahren und konnte auch gar nicht umgekehrt verfahren. Zwar wurzelt der Trieb zur gewerkschaftlichen Organisation viel zu tief in der modernen Arbeiterklasse, als daß er nicht immer und immer neue Wurzeln zu schlagen versucht hätte. Allein gerade die Reichthigkeit, womit diese Versuche von reaktionären Behörden mit Hilfe einer rückständigen Gesetzgebung ausgerottet wurden, wies die Arbeiter unaufhörlich auf den politischen Kampf hin. Dann kamen die Tage des Sozialistengesetzes, das keineswegs erlassen wurde, weil die herrschenden Klassen fürchteten, daß die Sozialdemokratie ihnen unversehens das Haus über dem Kopfe anzünden könne, sondern weil sie den Arbeitern das bescheidene Maß von Rechten entreißen wollten, das sie sich allmählich auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft errungen hatten. Auch unter dem Drucke des Sozialistengesetzes brach die gewerkschaftliche Bewegung stets von neuem trotz der politischen Drangsalierungen hervor, wobei es sich denn freilich durch den Zwang der Umstände fügte, daß sie manche Aufgaben übernehmen mußte, die ihrem historischen Wesen fremd waren.

Dies wirkte auf ihre Entwicklung in den ersten Jahren nach dem Falle des Sozialistengesetzes ungünstig zurück. Namentlich der Streit um die Organisationsform, der eben auch eine Folge des Ausnahmegesetzes war, verjagte mehr Kraft und Zeit, als notwendig oder auch nur erträglich gewesen wäre, und stieß mehr oder weniger die Arbeiterkreise ab, die für die gewerkschaftliche Organisation gewonnen werden sollten. Dazu kam die wirtschaftliche Depression und ein starker Widerstand der Unternehmer, der sich am stärksten äußerte, wo der Staat trotz seines „sozialen Königtums“ der Unternehmer war. Der Parteitag in Halle hatte 1890 die lebhafteste Sympathie für die gewerkschaftliche Bewegung kundgegeben, allein drei Jahre später machten sich auf dem Parteitage in Köln zwar nicht Zweifel an ihrer Berechtigung, wohl aber an ihrer Leistungsfähigkeit geltend. Diese Zweifel entsprangen der Verächtlichkeit, daß gegenüber der riesenhaft anschwellenden Konzentration des Kapitals die Gewerkschaften doch zu ewiger Dummheit verurteilt sein würden, oder auch der Sorge, daß sie durch die staatliche Arbeiterversicherung zu wichtiger Funktionen beraubt seien, um noch lebensfähig zu sein. Jedoch setzte alsbald ein neuer Aufschwung der Gewerkschaften ein, der sich schlagend als ein notwendiges Glied der modernen Arbeiterbewegung erwies und ihnen endgültig ihren ebenbürtigen Platz neben der politischen Partei wahrte. Es war ein historisches Urteil von bleibendem Werte, als Parvus in einer glänzenden Untersuchung dieses gewerkschaftlichen Aufschwunges schrieb: „Die größte Leistung der deutschen Arbeiter seit dem Falle des Sozialistengesetzes ist die Entwicklung der Gewerkschaften. In der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts gibt es nichts, was damit an Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf auch nur entfernt verglichen werden kann.“

Der Haupthebel der gewaltigen gewerkschaftlichen Fortschritte war die Blüte der Industrie, die gegen die Mitte der neunziger Jahre anhub und bis zu ihrem Ende dauerte. Trug sie nicht wenig dazu bei, der imperialistischen Politik der herrschenden Klasse vorläufig das Dasein zu stiften, so wurde sie von der arbeitenden Klasse mit aller Emsigkeit ausgenützt, den dauernden Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu begründen, so daß ihn auch die seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts von neuem einsetzende wirtschaftliche Krise nicht wieder lahm zu legen vermochte. Die Krise hat den Aufschwung der Gewerkschaften verlangsamt, jedoch nicht unterbrochen.

Von den wenig über 200000 Arbeitern, die im Jahre 1893 gewerkschaftlich organisiert waren, ist die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände bis zum Jahre 1902 auf 733206 gestiegen. In 27 Berufen sind mehr als 20 und in 15 Berufen mehr als 30 Prozent der Berufsangehörigen organisiert. Hierzu gehören die Buchdrucker, Bildhauer, Kupferschmiede, Handschuhmacher, Glaser, Steinseher, Lithographen, Selenarbeiter, Tapezierer, Schiffszimmerer und Werftarbeiter,

* Wir entnehmen dieses Kapitel dem kürzlich erschienenen vierten Bande der zweiten Auflage von Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. (Stuttgart, J. G. B. Metz Nachf.)

Töpfer, Gemeinbearbeiter, Maurer, Stukkateure, Brauer, Graveure und Bijouere, Porzellanarbeiter, Wöltcher, Vergolder, Gutmacher, Buchbinder, Metallarbeiter, Zimmerer, Maler, Holzarbeiter, Dachdecker und Kürschner. Entsprechend diesem Wachstum an Mitgliedern sind auch die Finanzen der Gewerkschaften gewachsen. Um rund 10 Millionen Mark waren ihre Einnahmen im Jahre 1902 höher als im Jahre 1891, und ihre Ausgaben steigerten sich in dieser Zeit um 9 1/2 Millionen. Insgesamt hatten die Gewerkschaften im Jahre 1902 eine Einnahme von 11097744 Mk. und eine Ausgabe von 10005528 Mk.; es blieb ein Passivbestand von 10268559 Mk. Seit dem Jahre 1891 haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände vereinnahmt 62287743 Mk. und verausgabt 55254131 Mk.

Zimmerhin sind erst 14,42 Prozent der industriellen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, und so bleibt auf diesem Gebiet noch eine große Arbeit zu leisten. Allein die Dinge sind in historischen Fluß gekommen, und die ökonomische Organisation des deutschen Proletariats hat heute so feste Wurzeln geschlagen, wie seine politische Organisation. Dabei gewährt die späte Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nun auch die gute Seite, daß sie die Irrwege verperrt, denen die Trade Unions verfallen sind. Gewiß haben die bürgerlichen Arbeiterfreunde sich sofort bemüht, Unkraut in diesen Weizen zu säen, und es lag bis zu einem gewissen Grade in der Natur der Dinge, daß sich ein wenig Nivalität ergab, als die ökonomische Organisation der Arbeiterklasse unter günstigen Konjunkturen sich gewaltig ausdehnte, während ihre politische Organisation in dem stagnierenden Sumpfe des Blockades sich waten hatte. Dies dabei manchmal einige Ueberhöhung der Gewerkschaftsbewegung mit unter, so war das dieselbe Erscheinung, die früher im umgekehrten Sinne oft genug beobachtet werden konnte, wenn die politische Bewegung schneller vorwärts kam, als die gewerkschaftliche. Die Verhältnisse, unter denen die moderne Arbeiterklasse zu kämpfen hat, werden nicht von ihr, sondern von der historischen Entwicklung gemacht, und es ist bei aller praktischen und prinzipiellen Klarheit sehr natürlich, daß der Arm, den sie unter den gegebenen Verhältnissen am kräftigsten rühren kann, auch als der am sich kräftigste erweist.

Ueber solche kleine, ebenso ungefährliche wie unvermeidliche Reibungen hinaus hat es keinen ernsthaften Zwiespalt zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung gegeben, und es ist hinlänglich dafür gesorgt, daß es ihn auch niemals geben wird. Wie schon die erste Hälfte der siebziger, so zeigte abermals die zweite Hälfte der neunziger Jahre, daß auch die glänzendste Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise den Arbeitern nur eine sehr problematische Besserung ihrer Lage zu bieten vermag, während sie den Kapitalisten unter ungeheuren Reichtümern erstickt. In den Jahren 1895 bis 1900 sind auf dem deutschen Geldmarkt, nach dem Kurswert, 11 1/2 Milliarden Mark neuer Emissionen aufgelegt worden, was noch bei weitem nicht, da keineswegs das ganze gesammelte Kapital durch die Börse geht, den gesamten Kapitalzuwachs in Deutschland während der Jahre des industriellen Aufschwungs erschöpft. Zu gleicher Zeit hat nach den, bekanntlich verhältnismäßig günstigen, Berechnungen der Unfallversicherung, das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter um noch nicht ganz 15 Prozent zugenommen, so daß es im Jahre 1899 volle 752 Mark, noch nicht einmal 15 Mark für die Woche betrug. Diese miserable Einkommenssteigerung wurde dann aber auch, gerade wie in der Industrieblüte der siebziger Jahre, durch eine allgemeine Teuerung in höherem, oder geringerem Grade illusorisch gemacht. Es kam endlich hinzu, daß sie nur zu einem geringen Teile durch Lohnerhöhung, zumeist aber durch regelmäßige Beschäftigung und durch Ueberstunden erreicht wurde, so daß sie auch noch mit einer Häufung der industriellen Unfälle und einer absoluten wie relativen Vermehrung der Kinderausbeutung bezahlt werden mußte.

Diese ehebenen Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise können auch durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse nicht aus der Welt geschafft werden. Die deutschen Gewerkschaften haben von Anfang 1895 bis Ende 1899 aus ihren Kassen 5 1/2 Millionen Mark für Streiks verausgabt, wozu nach den Berechnungen ihrer Generalkommission noch etwa 2 1/2 Millionen Mark aus freien Sammlungen geflossen sind. Schätzt man den Lohnausfall, was zum mindesten stimmen dürfte, auf das Doppelte der Streikunterstützung, so haben die Streiks in jenem Zeitraum den deutschen Arbeitern etwa 25 Millionen Mark gekostet. Von sämtlichen Streiks waren nun Abwehrstreiks 1895 46,0, 1896 31,3, 1897 42,9, 1898 53,3 1899 44,5 Prozent. Ein Drittel bis über die Hälfte der Streiks mußte also, in der Periode der industriellen Prosperität, unternommen werden, um die Lage der Arbeiter nicht obendrein verschlechtern zu lassen. Selbst ein erfolgreich geführter Abwehrstreik bedeutet für die Arbeiter noch keine Besserung ihrer Lage, ein teilweise gewonnener schon einen Verlust. Von den Streiks des Jahres 1899 haben nur 45,5 Prozent dazu geführt, die Lage der Arbeiter zu verbessern, und zwar so, daß 31,4 Prozent mit einem vollen, 14,1 Prozent mit einem halben Siege der Arbeiter endeten. Ueber die Hälfte sämtlicher Streiks haben die Lage der Arbeiter nicht gehoben, 21 Prozent endeten damit, sie zu verschlechtern. Die alte Erfahrung, daß von den Abwehrstreiks weit mehr für die Arbeiter verloren gehen, als von den Angriffstreiks, fand auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ihre Bestätigung; der Prozentsatz der Verluste war bei den Abwehrstreiks mehr als doppelt so groß, als bei den Angriffstreiks. Daraus ergibt sich, daß nur bei einer besonders günstigen Geschäftslage im allgemeinen und in jedem Einzelfalle die Gewerkschaften einen Streik erfolgreich durchzuführen vermögen, also weit entfernt von der Möglichkeit sind, die kapitalistische Gesellschaft von sich aus umzuwälzen.

Ihr unschätzbarer Wert liegt darin, die Kraft der Arbeiterklasse zu stärken, so daß sie nicht auf Gnade und Ungnade der steigenden Macht des konzentrierten Kapitals ausgeliefert wird. Es war ungerecht, wenn ein Führer der Gewerkschaftsbewegung auf dem Kölner Parteitag die erzieherische Wirkung des politischen Klassenkampfes gleich Null einschätzte gegenüber der gleichen Wirkung des ökonomischen Klassenkampfes; richtig ist jedoch, daß die gewerkschaftliche Bewegung in der modernen Arbeiterbewegung eine Reihe von Fähigkeiten und Kräften auslöst, die in dieser Weise von ihrer politischen Bewegung nicht ausgelöst werden können, aber gleichwohl ausgelöst werden müssen, um den Sieg des Proletariats zu sichern. So sind beide Bewegungen darauf angewiesen, sich gegenseitig zu ergänzen, und ferner, als in jedem anderen großindustriellen Lande, ist in Deutschland die Gefahr, daß die Gewerkschaften je den trügerischen Lockungen der sogenannten Arbeiterfreunde aus der Bourgeoisie erliegen könnten.

Die imperialistische Politik sorgt mit jedem neuen Tage dafür, die gewerkschaftliche Bewegung auf den einzigen wirklichen Freund hinzuweisen, den sie auf deutscher Erde hat. Die Lehre des Buchausgesetzes ist und bleibt unvergessen; dieser Schlag war ebenso gegen die ausblühende Gewerkschaftsbewegung gezielt, wie feinerzeit der Schlag des Sozialistengesetzes gegen die aufblühende sozialdemokratische Bewegung. Im Augenblick der

größten Prosperität, als die Industrien, die Finanz, die Hausbesitzer, die Großgrundbesitzer Reichtümer über Reichtümer häuften, ließ sich das Reich der berühmten Sozialreform vom Kapital gegen die Gewerkschaften heßen, schwang es die Peitsche über die Arbeiter, um sie zu verhindern, auch nur den allerbescheidensten Teil, den wahren Bevölkerungsanteil am allgemeinen Ueberfluß für sich zu erringen. Ohne die Sozialdemokratie wäre die Buchausvorlage aber zum Gesetze geworden; wie so oft schon früher, wäre auch diesmal die gewerkschaftliche Bewegung zertreten worden, wenn sie nicht einen mächtigen Schutzwall an der politischen Arbeiterbewegung besessen hätte. Solche Erfahrungen vergehen sich nicht so leicht, zumal nicht in den Tagen des Brotwunders, der die beiden großen Zweige der deutschen Arbeiterbewegung aneinander schweißen würde, selbst wenn sie geneigt wären, sich zu trennen, wie sie es freilich nicht sind. Was nützt es den Gewerkschaften, daß sie sich mit der größten Mühe, unter den schwersten Entbehrungen, Lohnerhöhungen erkämpfen, wenn durch eine Steigerung der Lebensmittelpreise der mühsam errungene Erfolg mit einem Schlage zugunsten der rückständigsten unter den besitzenden Klassen eskamotiert wird.

Die Gewerkschaften sind keine politischen Organisationen, sie stehen jedem Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung offen, sie fragen bei Streiks nicht nach dem Glaubensbekenntnis der Streikenden, aber wer ihnen einreden will, daß sie sich um die politische Arbeiterbewegung nicht zu kümmern hätten, der will sie über ihre wichtigsten Lebensbedingungen täuschen und ist um so gefährlicher, wenn er, um sie täuschen zu können, vorher sich selbst zu täuschen gelernt hat.

Trotzdem ist keine Gefahr vorhanden, daß der eiserne Zusammenhang zwischen der ökonomischen und politischen Organisation des deutschen Proletariats jemals gelöst werden kann. Denn an den Fäden der imperialistischen Politik zerschellen alle gankelnden Seifenblasen bürgerlicher Vereinsamkeit.

Rundschau.

Herr Röhrer-Meißner und die Redaktion des Steinarbeiters. In der Nr. 13 meldeten wir, daß Herr R. Beleidigungsgelasse wegen der Artikel in den Nummern 6 und 8 des Steinarbeiters anstrengen wird. Vom königlichen Schöffengericht Leipzig war auf Sonnabend, den 16. April, Termin anberaumt, es mußte aber ein am 13. d. M. von uns gestellter Vertagungsantrag berücksichtigt werden, weil die Vorladung zum Termin erst am 11. April in die Hände des Beklagten St. kam, während die gesetzliche Frist zwischen Termin und Vorladung mindestens eine Woche betragen muß.

Arbeiterlos. Am Sonnabend, den 16. d. M., verunglückte im Steinbruch der Firma E. Mohr in Striegau der Steinbrecher P. Tobisch als Bilgramshain. Er wollte einen Granitblock noch einmal zerspalten und hatte sich zu diesem Zwecke darauf gesetzt. Kaum mit der Arbeit begonnen, kam der 8-10 Ztr. schwere Stein ins Bank und kippte, da er keilförmig war, um. Er fiel vor dem Stein die Felswand hinunter, der Stein hinter ihm her und zerquetschte ihm den Kopf so, daß der Tod sofort eintrat. Der Verunglückte hinterläßt Frau und 4 Kinder.

Der Verbandstag des schweizerischen Bruderverbandes findet zu Pfingsten in Lugern statt. Derselbe gewinnt diesmal um so mehr an Bedeutung, indem der Anschluß des Tessiner Verbandes an den schweizerischen so gut als gelungen betrachtet werden kann. Bekanntlich sind nach dem Internationalen Kongress in Zürich die Verhandlungen in dieser Angelegenheit eingeleitet und befriedigend weitergeführt worden. Wir werden dann später auf die Verhandlungen eingehend zurückkommen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.
Lehrplan für das II. Quartal 1904.
Montag: National-Ökonomie (Entwicklung und Bedeutung des Kartellwesens); Vortragender: Schriftsteller Max Grünwald. — Dienstag: Geschichte (Geschichte der Urwölfer und des Altertums von den Perserkriegen bis zum Untergang der Römers Herrschaft); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. — Donnerstag: Gesesestunde (Aufgaben und Wesen des Strafrechts); Vortragender: Schriftsteller Simon Katzenstein. — Freitag: Rede-Übung (Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz); Vortragender Dr. Rudolf Steiner.
Der Unterricht beginnt in National-Ökonomie: Montag, den 25. April; Geschichte: Dienstag, den 3. Mai; Gesesestunde: Donnerstag, den 28. April; Rede-Übung: Freitag, den 6. Mai.
Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 2 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40a; Neul, Wartenstr. 42; Vogel, Demminer Str. 32; Krause, Müllerstr. 7a; Gorsch, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin SW. 43, Hornstr. 20, Quergeb. II, Selbstbunden an den Kassierer G. Königs, Berlin S. 59, Hafenhöhe 50, zu senden. Der Vorstand.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Treiet der Arbeiterbildungsschule bei!

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Die reisenden Kollegen, die Dresden, Pirna und Neundorf berühren, werden ersucht, bei der Zureise sofort sich an die Vertrauensleute zu wenden.

Die Verwaltungen der Zahlstellen von Dresden, Pirna und Neundorf.

München. Der Kollege Max Pfeffer (Verbands-Nr. 19642) ist seinen Verpflichtungen wieder voll und ganz nachgekommen.
Karl Oswald, Kassierer.

Brackwede. Der Steinmetz Joseph Rär, geb. 12. Februar 1874 zu Kortensheim, ist von hier abgereist und hat sein Buch in größter Unordnung hier liegen gelassen. Es wird deshalb gewarnt, demselben ein neues Buch auszustellen, da es diesem nichts neues ist, sich immer wieder aufnehmen zu lassen.
Aug. Brandt, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Meißner a. d. Elbe. Vertrauensmann: Oskar Ullig, Theaterplatz 8, I.

Litterarisches.

„Wissen ist Macht — Macht ist Wissen.“ Die unter diesem Titel den älteren Genossen bekannte Festschrift des alten Viehweid ist in unserm Parteiverlage, Buchhandlung Vorwärts, Berlin,

in neuer Auflage erschienen. Viehweid hielt diese Rede am 5. Februar 1872. Die Broschüre ist jetzt mit einem neuen Vorwort versehen, in dem es heißt: „Diese nun 32 Jahre alte Festschrift lebt noch in voller Jugendkraft, und so mag sich der Soldat der Revolution durch sie abermals zu einer neuen Agitationstour in das Reich des Proletariats anschicken. Viele Tausende haben durch diese Schrift den Sozialismus kennen gelernt, auch dem neuen heranwachsenden Geschlecht wird sie dauernd die Macht des Wissens, und dadurch zugleich das Wissen seiner Macht weihen.“ Die Schrift ist ein trotziger Protest gegen Staat und Gesellschaft durch die Gegenüberstellung der für Militär- und der für Bildungszwecke aufgewendeten Mittel. Was der „Alte“ damals sagte, gilt auch heute noch: „Wenn man die heutige Kultur krast, kommt die Barbarei zum Vorschein.“ Die Broschüre, die alten und jungen Genossen empfohlen werden kann, kostet 30 Pfg., ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben und wird durch alle Kolportage besorgt.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis 15. April 1904.

Lüneburg, Beitrag 84.—, Maimarken 5.—, Delegiertensteuer 5.—, Eintrittsmarken 550, 1. Qu. 3.—; Kiel, 1. Qu. 10,80; Lahr, Eintrittsmarken 7,50; Colmar, Beitrag 32.—; Mühlhausen i. Th., 1. Qu. 7.—; Ohr, 1. Qu. 1,20; Freiburg, 1. Qu. 7,80, Beitrag 32.—, Stempel 1,50; Annaberg, 3. u. 1. Qu. 8,60, Beitrag 28.—, Eintrittsmarken 7,50, Delegiertensteuer 2,50; Eisenach, 1. Qu. 8.—, Beitrag 58,88, Eintrittsmarken 1,50, Maimarken 0,25; Thorn, Beitrag 3,80; Friedenfels, 2. Qu. 7,80; Hamburg I., 1. Qu. 28,40, Inserat 3,10, Beitrag 48.—; Bremen II, Beitrag 96.—, Erfahrmarte 0,25, Delegiertensteuer 0,25, 1. Qu. 16,80, Inserat 1.—; Alsbendor, Beitrag 28.—, 1. Qu. 7,50; Schandau, Beitrag 5,20; Demmin, Beitrag 2.—; Dortmund, 4. Qu. 4,20, Beitrag 11,90; Harjum, Beitrag 4.—; Osterholz, Beitrag 56.—, 1. Qu. 16,80; Springe, Beitrag 3,15, Eintrittsmarken 4,50; Blagwitz, 1. Qu. 15.—; Deutmannsdorf, 1. Qu. 13,20, Inserat 1,20; Bernsdorf, Beitrag 79,24, 1. Qu. 16,80, Inserat 1,80; Tröstau, Beitrag 158,20, 1. Qu. 4,80, Eintrittsmarken 2.—; Katterslautern, Beitrag 56.—; Regensburg, Beitrag 26,60, Eintrittsmarken 2.—, Delegiertensteuer 1,25; Schwabach, 2. Qu. 1.—; Schreiergrün, Beitrag 40,80; Karlsruhe, Beitrag 64.—, 1. Qu. 30.—; Breßburg, 1. u. 2. Qu. 2,10; Lanau, Beitrag 24,86; Seuffen, Beitrag 70.—; München, 2. Qu. 0,90; Bilgrambreuth, Beitrag 105,84, 1. Qu. 8,40, Inserat 2,60; Görtz, Maimarken 12,50; Böckel, Beitrag 4.—; Wandersleben, 1. Qu. 2,40; Demitz-Thumitz, 1. Qu. 14,40; Hannover, Beitrag 64.—; Weinsburg, Beitrag 20,73, 1. Qu. 5,70; Berlin (Gleibitz), 2. Qu. 0,90; Coburg, Beitrag 64.—, Farbkissen 0,50; Augsburg, Beitrag 79,24, Eintrittsmarken 1.—, Delegiertensteuer 2,50, 1. Qu. 3,90; Arnheim, 1 Berufsgefahren v. Calmer 4,23; Altenhagen, Eintrittsmarken 10.—, Stempel 1,50, Broschüre 1.—, Delegiertensteuer 2,50; Greiz, 1. Qu. 2,40, Hauptbuch 2,50; Hofschowberda, 2. Qu. 1,80; Reinheim, Beitrag 32.—; Mainz, Beitrag 32.—; Weiskensels, 4. Qu. 0,90; Ebelsbach, Beitrag 14.—, 1. Qu. 6.—.

Felix Lange, Kassierer.

Briefkasten.

L'Operaio Italiano wird mit der nächsten Nummer versandt. Die Verbreiter des Steinarbeiters werden wiederholt ersucht, die Adressenänderungen sowie Nach- und Abbestellungen nicht erst Donnerstags und Freitags, sondern zu Beginn der Woche einzulösen. Am Mittwoch werden die Adressen geschrieben, die Marken geklebt, die Streifenbänder fortirt und am Donnerstag muß das Blatt verpackt werden; es ist deshalb nicht angängig, mit den Nachbestellungen so lange zu warten, bis all diese Arbeit geleistet ist, abgesehen von der erhöhten Portoausgabe, die daraus entsteht. Beherzige deshalb jeder diese Zeilen.

Todes-Anzeige.

Am 30. März starb unser Kollege

Georg Botter

im Alter von 42 Jahren an der Berufskrankheit.

Am 30. März starb unser Kollege

Gustav Fehre

an der Berufskrankheit.

Am 6. April starb unser Kollege

Johann Julius Toobe

im Alter von 57 Jahren an der Berufskrankheit.

Am 8. April starb unser Kollege

Heinrich Hümpfner

im Alter von 32 Jahren an der Berufskrankheit.

Am 11. April starb unser Kollege

August Nave

im Alter von 30 Jahren an der Berufskrankheit.

Leicht set ihnen die Erde!

Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden und Umgebung.

Am 30. März starb unser Kollege und Ehrenmitglied

Georg Rozum

im Alter von 62 Jahren an der Lungenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Am 9. April starb infolge eines Herzschlages unser Kollege

Philipp Daxberger

im Alter von 56 1/2 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Steinarbeiter der Zahlstelle München.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staedinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Kluge & Co.